

Genossenschaftliche Positionen zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2026

Forderungen der Volks- und Raiffeisenbanken

Wer die wirtschaftliche Transformation in Rheinland-Pfalz sichern will, braucht eine starke regionale Kreditwirtschaft mit Genossenschaftsbanken und Sparkassen vor Ort. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind für Menschen, Unternehmen und Kommunen zentrale Finanzpartner und übernehmen auch in herausfordernden Zeiten Verantwortung für eine stabile Realwirtschaft. Sie unterstützen die mittelständisch geprägte Wirtschaft, ermöglichen Investitionen und fördern Innovationen in den Regionen. Zugleich sind sie Banken für die Menschen sowie verlässliche Arbeitgeber und Ausbilder in den Regionen.

Damit Kreditgenossenschaften diese Rolle weiterhin verlässlich erfüllen können, benötigen sie moderne, praxistaugliche und regulatorisch angemessene Rahmenbedingungen. Dazu gehört vor allem eine stärkere Proportionalität bei administrativen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, damit kleinere Institute nicht unverhältnismäßig belastet werden.

Die klare Unterstützung der Landesregierung für regionale Kreditinstitute bleibt von zentraler Bedeutung – für wirtschaftliche Stärke, regionale Entwicklung und nachhaltige Transformation.

Rheinland-Pfälzische Kreditgenossenschaften fordern entschlossenes Handeln:

1. Dreigliedriges Bankensystem sichern

Genossenschaftsbanken - gemeinsam mit den Sparkassen - sichern die Stabilität des deutschen Bankensystems, gewährleisten regionale Stabilität und eine verlässliche Finanzierung des Mittelstands. Rheinland-Pfalz sollte sich gemeinsam mit dem Bund klar für den Erhalt dieses Systems einsetzen.

2. Regulierung proportional gestalten

Aufsichtsanforderungen müssen zur Größe und zum Risikoprofil von Instituten passen. Rheinland-Pfalz sollte sich in Berlin und Brüssel für echte Proportionalität stark machen.

3. Digitalen Euro praxisnah gestalten

Ein richtig umgesetzter digitaler Euro kann Europas Zahlungsverkehr modernisieren und die finanzielle Souveränität stärken. Voraussetzung ist die Einbindung der europäischen Kreditwirtschaft und klare politische Leitplanken.

4. AGB-Änderungen vereinfachen

Bei den gesetzlichen Vorgaben für Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen braucht es eine praktikable, rechtssichere Lösung des Bundes. Rheinland-Pfalz sollte diesen Prozess aktiv unterstützen.

Kontakt:

Daniel Illerhaus, Abteilungsleiter Kommunikation, Marketing, Politik
T 0172-5252835, daniel.illerhaus@genoverband.de